

KOLUMNE

Rahmenabkommen: Der wahre Knackpunkt ist das völlig andere Staatsverständnis der Schweiz und der EU

Beim Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz wird um allerlei Details gefeilscht. Dabei geht es um weit Grundsätzlicheres, nämlich ein komplett unterschiedliches Verständnis, wie der Staat den Bürgern gegenübertritt.

Gerhard Schwarz

152 Kommentare →

18.05.2021, 05.30 Uhr



Vor lauter Feilschen um Details beim Rahmenabkommen wird übersehen, dass der wahre Knackpunkt das völlig unterschiedliche Staatsverständnis ist.

Denis Balibouse / Reuters

In den Gesprächen, die ich mit Persönlichkeiten geführt habe, die das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU verteidigen, fällt oft der Begriff des Pragmatismus.

Normalerweise versteht man darunter, dass man lösungsorientiert handelt und das tut, was erwiesenermassen funktioniert. Die meisten Gesprächspartner betonen aber vor allem, dass das Abkommen zwar nicht nur positive Seiten habe, aber dass man dies in der realen Welt eben hinnehmen müsse. Sie meinen also mit Pragmatismus eher das normale Abwägen, das man bei jeder Verhandlung und jedem Vertrag vornehmen muss.

Inakzeptable Unionsbürgerrichtlinie

Das sehen auch die meisten Kritiker des Rahmenabkommens nicht anders. Viele von ihnen kommen nur zu einer anderen Bewertung von Nutzen und Schaden. Das ist nicht überraschend, da ziemlich alles im Ungewissen liegt, etwa, wie sich die EU politisch und wirtschaftlich entwickeln wird, wie sie die für die Schweiz heiklen Aspekte des Vertrags handhaben würde, wie schikanös sie im Falle einer Nichtunterzeichnung des Vertrags reagieren würde und wie sehr sie ihre wirtschaftlichen Interessen ihren Dogmen unterordnen würde.

Das Abwägen betrifft derzeit vor allem die drei bundesrätlichen roten Linien, also den Lohnschutz, die Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie. Die ersten beiden Punkte sind mit Blick auf die politische Akzeptanz des Abkommens in der Schweizer Bevölkerung wichtig, aus liberaler Sicht ist aber nur die Forderung nach einer fast hindernisfreien Einwanderung in das schweizerische Sozialsystem völlig inakzeptabel. Das ist eine Idee für Mitgliedstaaten, und selbst für sie ist sie problematisch. Hingegen kann man nicht ernsthaft erwarten, dass ein Nicht-

EU-Mitglied ein solches Ansinnen aufnimmt. Da sind die Verhandler auf beiden Seiten viel zu weit gegangen.

Die EU misstraut den Bürgern

Vor lauter Feilschen um Details einerseits und wegen der gemeinsamen Bejahung von Demokratie und Rechtsstaat andererseits wurde und wird jedoch übersehen (oder verdrängt?), dass der wahre Knackpunkt das völlig andere Staatsverständnis der Schweiz und der EU (sowie der Mitgliedstaaten) ist. Die Schweiz ist genossenschaftlich von unten nach oben gebaut, gibt dem Stimmbürger eine viel wichtigere Stellung als in jedem anderen Land und praktiziert einen veritablen Föderalismus. In der EU steckt dagegen viel vom konstruktivistischen Geist Frankreichs, jenem Design des Staates von oben nach unten. Den Bürgern und Bürgerinnen wird wenig zugetraut und mit Skepsis begegnet. Und für die Idee des Föderalismus, etwa des Steuerwettbewerbs, hat man in Brüssel wenig Sympathie; der lose Verbund sui generis der Gründerväter Schuman, de Gasperi und Adenauer, das war einmal.

Dieses unterschiedliche Verständnis erlaubt es der Schweiz zwar, Verträge mit der EU zu schliessen, in denen es um Leistung und Gegenleistung geht, aber es verunmöglicht es ihr bei Lichte betrachtet, sich an die Rechtsentwicklung der EU automatisch dynamisch anzupassen und sich deren Gericht zu unterstellen. Das haben die Vertragsparteien hüben wie drüben viel zu wenig bedacht. Und es kann weder durch eine Probezeit noch durch ein Entgegenkommen bei der Unionsbürgerrichtlinie geheilt werden.

Zur Person

Ehemaliger Leiter der NZZ-Wirtschaftsredaktion.
Heute Präsident der Progress Foundation.

152 Kommentare

Richard Hürlimann vor einem Tag

Die Schweiz müsste ein Nein riskieren. Was dann folgt, wird bestimmt kein Sonntagsspaziergang werden. Aber die Schweiz hat die Fähigkeit, gestärkt aus diesem Nein hervorzugehen. Sie muss wieder vermehrt an ihre Stärken glauben und ihr traditionelles Geschick im Aufspüren von Nischen ausspielen. Die Unionsbürgerrichtlinie ist ein absolutes No Go.

[82 Empfehlungen](#)

Heinz Ryffel vor einem Tag

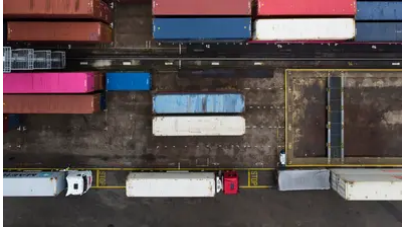
Herr Schwarz gehört oder gehörte zu Avenir Suisse und zu economiesuisse. Seine hier vertretene Meinung beinhaltet etwas, das die Normalos unter den Stimmbürger-Innen schon lange begriffen haben: Die politisch völlig unterschiedlichen Systeme und die Ansicht, die wir vom Staat haben und behalten wollen. Daraus resultiert das Nein zum Rahmenvertrag. Alle Bemühungen seitens der Befürworter-Innen versuchen genau diesen Punkt totzuschweigen. Dass sie fundamental gegen unser System vorgehen, ist äusserst fragwürdig. Sie negieren unsere Demokratieform und unsere Verfassung.

66 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

Rahmenabkommen



KOLUMNE

Für einen Neubeginn mit der EU müssen erst die Geburtsfehler des Rahmenabkommens behoben werden

Wenn die Schweiz nicht aufpasst, landet sie nach einem Abbruch der Übung mit dem Rahmenabkommen wieder in der gleichen Sackgasse. Der gravierendste Fehler war, dass die Schweiz statt Freihandel eine Teilintegration angestrebt hat.

Gerhard Schwarz 09.03.2021



KOLUMNE

Rahmenabkommen: Die «Aber» sind gewichtiger als das «Ja»

In seiner jetzigen Form führt das institutionelle Rahmenabkommen auf stillem Weg in die EU. Ein offenes Streben nach einem EU- oder EWR-Beitritt wäre da ehrlicher und würdiger.

Gerhard Schwarz 16.02.2019



KOLUMNE

« . . beim Zweiten sind wir Knechte» – Warum sich kluge Politik stets die Optionen in der Zukunft offenhält

Es ist unverantwortlich, sich durch einen freien Entscheid von heute die Möglichkeit zu verbauen, auch morgen frei entscheiden zu können. Leider ist die moderne Politik voll von solchen Verzichten.

Gerhard Schwarz 15.12.2020



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.